

heit den Weg frei, sondern mündete auch in die Charta von Paris für ein neues Europa vom November 1990. Wer diese Texte heute nachliest, spürt noch etwas von der Vision eines neuen Europa, die uns und viele Menschen in Europa damals erfüllte. Heute haben wir nicht nur in Bosnien schlimme Erfahrungen gemacht. Der Optimismus ist gewichen, die Aufgaben, auch manche von denen, die wir damals in den Verhandlungen ansprachen, sind geblieben. Gemeinsam mit unseren Nachbarn und Partnern werden wir heute dazu beitragen, den heutigen Herausforderungen bei der Gestaltung Europas gerecht zu werden. Vielen Dank.

(Beifall)

**Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach:** Meine Damen und Herren, Sie werden bemerkt haben, daß der Zeitrahmen bei beiden Vorträgen überschritten wurde. Allerdings standen die beiden Referenten vor dem Problem, die innere Entwicklung, die äußere Entwicklung und den Vereinigungsprozess selbst darzustellen. Das Themenfeld war sicherlich sehr breit, und dementsprechend ist es wohl verständlich, daß der Zeitrahmen etwas überschritten wurde. Vieles war in den Einzelheiten der Einschätzung doch auch interessant, da die Akteure, die damals eine Rolle gespielt haben, heute ihr damaliges Tun zum Teil kritisch oder doch ansatzweise kritisch reflektieren. Angesichts der Zeitprobleme können wir keine Podiumsdiskussionen mehr durchführen, was wir eigentlich wollten, doch sollten wir uns die Zeit nehmen, noch zwei Statements dazu zu hören, und zwar von Herrn Poppe und von Herrn Irmer, die damit gleichsam die Diskussion der Enquete-Kommission eröffnen. Zunächst Herr Poppe bitte. Ich weiß natürlich, daß auch Herr Poppe sehr viel aus eigener Erinnerung darstellen kann. Aber vielleicht versucht er, sich auf einige Punkte zu konzentrieren.

**Gerd Poppe, MdB:** Ich werde mir Mühe geben, Herr Faulenbach. Allerdings möchte ich noch eine weitere Sicht hier einbringen, sozusagen den Kreis der Akteure erweitern. Das hat sich ja heute schon einmal angedeutet mit dem, was Janusz Reiter gesagt hat zur polnischen Solidarność und dem, was wir dazu diskutiert haben. Es ist auch bei Markus Meckel einiges angeklungen. Ich will also hier noch einiges sagen zur Sicht der DDR-Opposition und -Bürgerrechtsbewegung. Wie hat sie die Rahmenbedingungen gesehen, welche Optionen, welche Handlungsspielräume hatte sie, und wie hat sie möglicherweise ihrerseits die Rahmenbedingungen mit verändert? Nun mache ich da einen Unterschied zwischen zwei sich deutlich voneinander unterscheidenden Zeiten. Das Unterscheidungsmerkmal ist ganz einfach, das ist der Fall der Mauer. Es geht einmal um die Zeit vor dem Fall der Mauer, und dann geht es um den 9. November 1989 und die Zeit danach bis zur deutschen Einheit. Bei der Fragestellung, die uns immer wieder offeriert wird, geht es immer um bestimmte Politiker, möglichst alle die bekannten Namen, die ihre Memoiren schreiben, die immer die deutsche Einheit und nie etwas anderes wollten. Die stand im Vordergrund all ihrer politischen Überlegungen, während die Oppositionsbewegung in der DDR angeblich immer nur die verbesserte DDR, den

demokratischen Sozialismus, einen dritten Weg wollte. Sie wäre, heißt es, systemimmanent gewesen und in diesem Ansatz steckengeblieben. Wir hören es immer wieder, und deshalb muß ich einfach darauf noch einmal eingehen, weil dabei immer übersehen wird, daß spätestens in der zweiten Hälfte der 80er Jahre, etwa von 1985 an, die Opposition und Bürgerrechtsbewegung sich sehr eindeutig konzentriert hat auf die Fragen von Menschenrechten, von Demokratisierung, von Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung, von Schaffung einer Zivilgesellschaft und so weiter. Dies alles waren keine systemimmanenten Forderungen, sondern ganz im Gegenteil systemsprengende Forderungen. Das muß man wissen, wenn man gleichzeitig immer sagt: Na ja, da gab es doch so ein diffuses Verhalten zur deutschen Einheit, Unklarheiten darüber, ob die überhaupt die deutsche Einheit wollten oder nicht. Auf jeden Fall wollten sie etwas erreichen in der DDR, was offensichtlich das Ende dieser DDR bedeutet hätte. Es möge mir einmal jemand erklären, wie man Gewaltenteilung und Demokratie und freie Wahlen fordern kann und gleichzeitig die Aufrechterhaltung der DDR. Also das muß ich einfach vorausschicken, weil wir das leider immer wieder diskutieren müssen und weil immer wieder gesagt wird, die deutsche Einheit: das sind Gorbatschow und Kohl. Die haben das gemacht. Wenn man jetzt in die Buchhandlung geht, hier auf der Ladenzeile auf der anderen Seite, da liegt ein Buch, signiert vom Kanzler. Den Titel kann man auf zweierlei Weise lesen. Entweder: „Ich *wollte* die deutsche Einheit“ oder „Ich *wollte* die deutsche Einheit“. Man kann sich überlegen, wie man das liest. Auf jeden Fall ein eindeutiges Problem ist die Reduzierung auf eine bestimmte politische Ebene. Da wird auch immer wieder vergessen, daß Gorbatschow nicht einfach der große Friedens- und Einheitsbringer war und nicht einfach die sowjetische Herrschaft über den Ostblock aufgeben wollte, sondern ein ganz anderes Ziel hatte, und daß sein Erscheinen an der Führungsspitze der Sowjetunion zu einem Zeitpunkt geschah, als sich der mögliche Zusammenbruch schon andeutete. Sein Interesse war die Rettung dieses Systems und war auch die Bewahrung des sowjetischen Vormachtanspruchs. Dieses wird allzu oft vergessen, wenn wir über die Rollen der verschiedenen Politiker sprechen. Wir haben leider auch gerade in den 80er Jahren im Osten unsere Erfahrungen gemacht mit entweder sporadischen Besuchen oder gar der Ignoranz seitens der westdeutschen Politiker. Es war nicht nur Egon Bahr, der die Stabilisierung des Status quo forderte und sich bei der letzten Enquete-Kommission verstiegen hat zu dem Satz: Den Status quo stabilisieren, um ihn letztlich überwinden zu können. Diese feine Art von Dialektik haben auch andere gehabt. Ich erinnere mich allerdings auch der wenigen Ausnahmen von der Regel: der Politiker, die nicht nur Ost-Reise-Diplomatie zum Zentralkomitee der SED betrieben, sondern auch zur Opposition gingen. Aber vorrangig ging es wohl doch mehr um Milliardenkredite und die gegenseitigen Normalisierungs- oder Anerkennungsbekundungen bis hin zu den peinlichen Duz-Brüderschaften von heutigen Kanzlerkandidaten mit SED-Politbüromitgliedern. Diesen Unterschied will ich deutlich machen.

Vor 1989 hatten wir eine bestimmte Sicht, die selbstverständlich zu tun hatte mit dem, was wir an realen Möglichkeiten sahen. Da haben wir gesehen, was in Polen läuft, in der Tschechoslowakei, in Ungarn, später in den baltischen Republiken. Wir haben die Fluchtbewegung erlebt. Das sind natürlich alles Anstöße gewesen für den steigenden politischen Organisationsgrad der Opposition. Aber es ist eben ein Prozeß. Und dieser Prozeß geht über viele Jahre und setzt nicht irgendwie zufällig ein, indem lauter Einheitswillige im Herbst 1989 auf die Straße gehen. Man muß diesen Prozesscharakter betonen. Dennoch ist es natürlich richtig zu sagen, daß es in der Opposition eine zielstrebige Politik in Richtung deutscher Einheit nicht gegeben hat, sondern daß hierzu die Überlegungen erst mit dem Fall der Mauer einsetzten. Auch danach noch, in der ersten Zeit danach, standen die Forderungen Gewaltenteilung, Ende des Führungsanspruchs der SED, Ende der MfS-Repression, Auflösung des MfS und so weiter im Vordergrund. Diese Forderungen vom Herbst 1989 waren natürlich entscheidende politische Forderungen, um unserem Anspruch gerecht werden zu können, demokratische Veränderungen herbeizuführen und dann mit Hilfe des Runden Tisches die einzigen, ersten und letzten demokratischen Wahlen in der DDR möglich zu machen. Dies war in der Tat die vorrangige Zielstellung. Dahinter ist vielleicht etwas selten in der Öffentlichkeit angekommen, welche Positionsveränderungen sich nach dem Fall der Mauer tatsächlich auch in Bezug auf die deutsche Einheit ergeben haben. Man sagt jetzt, als der Bundeskanzler sein Zehn-Punkte-Programm Ende November 1989 verkündete, habe er nicht gewußt, daß es bis zur Einheit noch nicht einmal ein Jahr dauern werde. Genauso ging es uns natürlich auch. Warum sollten wir klüger sein als der Bundeskanzler? Da hat zum Beispiel die Bürgerbewegung „Demokratie jetzt“ im Dezember 1989 ein Drei-Stufenprogramm entwickelt, das ebenfalls zur deutschen Einheit führen sollte. Das deutete ich mal eben an, weil es typisch ist für die Diskussion, die in der Opposition stattfand. Eindeutig war das Ziel der staatlichen Einheit, es ist dort formuliert, und es sind drei Stufen vorgesehen, beginnend mit demokratischen Reformen, wobei von Anfang an mit den osteuropäischen Nachbarn zusammengewirkt werden sollte. Das war ja auch der Anspruch, den Meckel beschrieben hat, die Zusammenarbeit mit Polen und der Tschechoslowakei. Einführung einer sozialen Marktwirtschaft, freie Wahlen, Aufbau eines parlamentarischen Systems und eine durch Volksentscheid zu verabschiedende Verfassung, das war die erste Stufe. Die zweite sollte die Stärkung des Föderalismus sowie eine Art neuer Grundlagenvertrag sein. Ähnlich dem Zehn-Punkte-Plan von Kohl war hier auch ausdrücklich die Möglichkeit einer Konföderation vorgesehen, ferner die Einbeziehung der KSZE in den Prozeß sowie Abrüstungsschritte. Und dann letztlich in einer dritten Stufe ein Vertragswerk mit dem Charakter eines endgültigen europäischen Friedensvertrages, in das die deutsche Einheit eingebettet sein sollte, so wie das oft diskutiert wurde. Dies war, wie gesagt, das Programm von „Demokratie jetzt“. Ich nenne es als ein typisches Beispiel. Wir wollten die Einheit nicht als Selbstzweck, sondern wir wollten, daß sie im Selbstverständnis der Deutschen natürlich auch bedeuten muß: Aufhebung der europäischen Teilung, Berücksichtigung der Ansprüche der osteuropäischen

Partner, die für uns die ganzen 80er Jahre über eine ganz wichtige Bedeutung hatten, indem sie beispielsweise die Mitteleuropa-Diskussion geführt hatten, vor allen Dingen in der Tschechoslowakei und in Ungarn, mehr oder weniger in intellektuellen Kreisen. Diese Debatte „Zurück nach Europa“, den Anspruch, der in diesen Ländern damit verbunden war, wollten wir zugleich unterstützen, wenn wir uns Gedanken machten über die Einheit. So sollte man auch in der Sicherheitspolitik zu europäischen Strukturen finden, und dieses erklärt, warum es die NATO-Debatte gegeben hat. Es gab auch die Befürchtung, es könnten neue Konfliktlinien entstehen, man würde entweder auf der einen Seite die Sowjetunion oder auf der anderen Seite die ostmitteleuropäischen Staaten verprellen. Diese Debatte, darum bitte ich, ist zu verstehen aus dem damaligen Kontext und sollte nicht immer wieder mißinterpretiert werden.

Der Runde Tisch war das Instrument, das die Opposition zunächst einmal bis zu den freien Wahlen hatte. Man kann sich die Wahlprogramme ansehen, die dann im Februar für die Wahlen zur Volkskammer entstanden sind. Sie werden dort ein nahezu uneingeschränktes Bekenntnis zur deutschen Einheit finden, von allen demokratischen Gruppierungen und Parteien. Allerdings mit einer Ausnahme. Bei den linken Gruppen, der vereinigten Linken, stand ausdrücklich, daß sie die deutsche Einheit nicht wollten, auch nicht irgendwann. Andere haben sich dann auch mit so komplizierten Fragen wie der Einbettung in den europäischen Prozeß auseinandergesetzt. Aber das Bekenntnis zur Einheit war vor den Wahlen durchgängig. Deshalb gab es nicht die Kontroverse zwischen den einen, die sie wollten und dann gewählt wurden, und den anderen, die sie nicht wollten. Die Kontroversen lagen in dem sozialpolitischen Programm, sie lagen in der Gestaltungsform der Einheit, sie lagen zum Beispiel auch darin, ob man nach dem Beschluß des Runden Tisches nun noch eine eigene DDR-Verfassung beschließt. Den grundsätzlichen Beschluß gab es sehr wohl. Es gab keinen endgültigen über den fertigen Verfassungsentwurf, weil dieser erst im April, also drei Wochen nach dem Ende des Runden Tisches, vorgelegt wurde. Aber ich finde das auch aus heutiger Sicht, siebeneinhalb Jahre danach, von Interesse. Der Verfassungsentwurf des Runden Tisches enthielt in seinem Artikel 41 Absatz 2 das ganz eindeutige Bekenntnis zur deutschen Einheit. Er enthielt in seinem Artikel 44 Absatz 2, das ist ebenfalls interessant, Aussagen zur Sicherheitspolitik, zur Abgabe von Hoheitsrechten, und zwar im Sinne eines Systems kollektiver Sicherheit im Rahmen einer gesamteuropäischen Friedensordnung. Und er enthielt in seinen Artikeln 126 bis 136 Übergangsregelungen für den Fall des Zustandekommens der Einheit. Er favorisierte zwar eine Regelung nach dem damaligem Artikel 146 GG, er ließ aber auch die Möglichkeit eines Beitritts nach Artikel 23 GG zu und formulierte dazu die notwendige Übergangsregelung. Ich sage das nur, weil das die ganze Debatte im Januar und Februar prägte, also noch vor den Volkskammerwahlen die Entscheidung eindeutig gefallen war, und zwar einer großen Mehrheit.

Letzter Punkt, auf den ich noch eingehen will: die Volkskammerzeit. Man kann die ganze Entwicklung nicht unabhängig von der Eigendynamik des Ge-

samtprozesses betrachten. Die Situation änderte sich ja manchmal stündlich. Dazu kommt, daß dieses Parlament zum überwiegenden Teil aus Amateuren bestand, die dann auch oftmals belächelt wurden. Ich empfehle trotzdem wie Herr Meckel, die Protokolle der Plenarsitzungen zu lesen. Es ist schon sehr interessant, wo da die Linien verliefen. Interessant zu lesen ist auch, was die Volkskammer gleich in ihrer zweiten Sitzung beschlossen hat: Eine gemeinsame Erklärung gegenüber Israel, zum Einmarsch der Volksarmee 1968 in die CSSR und gegenüber den Völkern der Sowjetunion. Etwas später kam dann eine gemeinsame Erklärung zur polnischen Westgrenze. Beide Erklärungen wurden – mit Ausnahme der DSU, die sich in dem einen Fall enthielt, im Fall der polnischen Westgrenze dagegen stimmte – im übrigen völlig einhellig vom ganzen Parlament verabschiedet. Ansonsten kam Außenpolitik dort sehr wenig vor. Das ist bedauerlich. Ich erfahre auch jetzt von Meckel, was es mit dieser trilateralen Geschichte auf sich hatte, während in der Volkskammer dazu keine Debatte stattfand, obwohl wir dies vom damaligen Außenminister gefordert haben. Jedenfalls war es schon klar, daß die Akteure, von denen ich jetzt gesprochen habe, mit den wenigen Ausnahmen, die dann zeitweise in der Regierung waren, natürlich nur einen vergleichsweise geringen Einfluß auf die tatsächliche Herstellung der Einheit hatten.

Wenn ich ein Resümee in wenigen Sätzen ziehen müßte: Die Rolle dieser Akteure lag erstens darin, daß sie durch die friedliche, vielleicht sollte man auch sagen, die unvollendete Revolution gemeinsam mit den ost- und mitteleuropäischen Demokratiebewegungen die Voraussetzung geschaffen haben für die Änderungen in Europa und die Möglichkeit der deutschen Einheit, die damit verbunden war. Die zweite Leistung war, in dieser Übergangszeit, als wir noch keine demokratischen Wahlen hatten, die Voraussetzung für demokratische Wahlen geschaffen zu haben. Innerhalb kürzester Zeit mußte der Runde Tisch ein Wahlgesetz und ein Parteiengesetz verabschieden. Das war keine leichte Aufgabe. Das dritte: da bleiben dann eigentlich für dieses halbe Jahr des frei gewählten Parlaments nicht sehr viel mehr als einige Anpassungsregelungen sowie als einzige große verbleibende Leistung die Ermöglichung der Akten-einsicht und die Schaffung der dazugehörigen Behörde. Das wäre wohl ohne uns nicht gelaufen. Ich denke, es gibt beeindruckende Fortschritte, aber es geht in manchen Bereichen auch langsamer voran, und es beunruhigt vor allem die mangelnde Akzeptanz des demokratischen Staates. Dies gilt vor allem für einige Gruppen im Osten und für viele Jugendliche. Darüber sollte man sich schon Gedanken machen. Ich meine, daß es möglich gewesen wäre, die Akzeptanz von vornherein zu erhöhen, z. B. wenn man dem Rat der Akteure aus der Demokratie- und Bürgerrechtsbewegung gefolgt wäre, dem Grundgesetz oder einer modifizierten gesamtdeutschen Verfassung per Volksentscheid zuzustimmen, dann hätte man vielen Menschen das Gefühl nehmen können, daß sie gar nicht erst gefragt und auch unzureichend beteiligt gewesen sind. Man hätte bestimmte Themen aufgreifen können, die in der ganzen Debatte, angefangen vom Runden Tisch, über das Kuratorium, das 1990 gebildet wurde, bis hin in die spätere Bundestagsdebatte zur Verfassungsreform eine Rolle spiel-

ten, und danach auch einiges mehr an Akzeptanz für die deutsche Einheit durch große Mehrheiten, oder noch größere Mehrheiten, wie immer Sie wollen, erreichen können.

(Beifall)

**Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach:** Es folgt Herr Irmer. Wenn wir wenigsten noch etwas diskutieren wollen, Herr Irmer, dann wäre ich, jedenfalls als Diskussionsleiter, sehr froh, wenn Sie die Länge von Herrn Poppe etwas unterschreiten könnten.

**Ulrich Irmer, MdB:** Sie meinten die Länge seiner Ausführungen. Dem letzten scheiden die Diskussionsleiter immer gern die Redezeit ab. Aber ich will hier sehr diszipliniert sein. Wenn man die Frage nach den Handlungsspielräumen insbesondere deutscher Politik stellt, dann muß man sagen, daß die deutsche Politik die Handlungsspielräume, die es dann tatsächlich gab, in der Vergangenheit geschaffen hatte. Voraussetzungen für die Vereinigung, *conditiones sine quibus non*, waren die folgenden:

1. Die Westintegration
2. Die Ostpolitik, das heißt die Vertragspolitik
3. Die Tatsache, daß diese beiden Politiken, so sehr ursprünglich bekämpft von bestimmten innenpolitischen Kräften, später zum Gemeingut der Außenpolitik wurden. Die Westintegration wurde von der SPD später voll übernommen. Die Vertragspolitik, insbesondere der KSZE-Prozeß, wurde von der CDU/CSU, die ursprünglich ja sehr skeptisch und ablehnend gewesen war, auch zu ihrer eigenen Politik in der Zeit nach 1982 gemacht. Ganz wesentlich ist, daß dieses beides auf breiter Grundlage in Deutschland geschehen konnte.

Ich stimme zu, wenn Herr Seiters sagt, daß eine wesentliche Voraussetzung für die Vereinigung auch gewesen ist, daß der zweite Teil des NATO-Doppelbeschlusses durchgesetzt wurde. Ich will das jetzt nicht im einzelnen begründen. Ich behaupte zweierlei. Erstens, hätte auch nur einer unserer Nachbarn, ich will von den Vier Mächten gar nicht reden, aber einer unserer Nachbarn, die insbesondere Opfer der Hitler-Aggression gewesen waren, der Einheit widersprochen, wäre es dazu nicht gekommen. Ich erwähne jetzt mal die Niederlande oder Dänemark oder Polen. Hätten sie widersprochen, hätte es die Einheit nicht gegeben. Zweite Behauptung: Hätte die Bevölkerung in der DDR und hätten die gewählten Vertreter der DDR nach dem März 1990 die Vereinigung nicht gewollt, wäre es dazu auch nicht gekommen. Ich will das an zwei kurzen Anekdoten klar machen. Als die F.D.P.-Bundestagsfraktion in der zweiten Oktoberhälfte 1989 in Dresden ihre Fraktionssitzung hatte, traten wir in einer Kirche auf, wo wir eingeladen waren; es ging um die gefälschten Kommunalwahlen vom März. Dort stand Uwe Ronneburger auf und sagte: Liebe Kirchengemeinde, meine Damen und Herren, und dann nach einer Pause, liebe Landsleute. Es ging praktisch ein Erschrecken durch diesen Kirchenraum, man